

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Martin Böhm

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Ramona Storm

Abg. Nicole Bäuml

Abg. Oskar Lipp

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Markus Walbrunn, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)

Neutralitätspflicht in Bayerns Schulen gewährleisten (Drs. 19/5753)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Der Schutz vor Indoktrination sowie die neutrale Vermittlung von Fakten sind für die AfD essenzielle Bestandteile demokratischer Bildung. Die Schule muss ein Ort der freien Debatte ohne Schlagseite in ein politisches Spektrum sein. Dabei ist entscheidend, dass Lehrkräfte die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses achten und dessen Dreiklang aus Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung beachten. – Selbstverständlichkeiten, sollte man zumindest meinen.

Immer häufiger erreichen uns aber in den letzten Jahren auch Nachrichten von Eltern und Schülern über Fälle, in denen Lehrer ihre Position für Agitation missbrauchen, legitime politische Positionen verächtlich machen, um so in illiberaler Art und Weise auf die demokratische Willensbildung der Kinder Einfluss zu nehmen. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, dafür Sorge zu tragen, das durch den Beutelsbacher Konsens definierte Mindestmaß an politischer Neutralität an unseren Schulen wiederherzustellen und gegen Verstöße konsequent vorzugehen.

(Beifall bei der AfD)

Selbstverständlichkeiten oder eben auch oft nicht.

Der Antrag hat im Ausschuss für ein wenig Erregung gesorgt. Gönnerhaft zugestanden wurde zwar, dass – wie für alle Beamte – auch für Lehrkräfte eine Neutralitätspflicht gilt. Davon abgesehen war aber Theaterdonner angesagt: Die politische Bildung an den Schulen würde mit diesem Antrag gar abgeschafft.

Wieso die Forderung, jahrzehntealte Normen einzuhalten, dem Ende der politischen Bildung an den Schulen gleichkommt, wie der Kollege Tomaschko meinte, muss man, glaube ich, nicht verstehen. Es ist jedenfalls keine demokratische Bildung, die AfD als Verantwortliche für die Morde von Aschaffenburg zu diffamieren und uns zu unterstellen, wir würden eine Diktatur einführen wollen. Auf diese Schnapsidee ist noch nicht einmal der Verfassungsschutz in seinem Gutachten gekommen. Es ist auch nicht in Ordnung, als Lehrer Schüler einzuschüchtern, weil sie sich migrationskritisch geäußert haben. – Alles Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit.

Herr Tomaschko, ich glaube, das wissen Sie auch. Ich verbuche Ihre Aussage entsprechend als gezielte oder gespielte Entrüstung. Anlass für Letztere war vor allem aber auch ein Satz in der Begründung. Da haben wir es doch gewagt, Initiativen wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" als Einfallstor für linke Propaganda zu brandmarken – vollkommen zu Recht –, woran sich dann eine unheilige Allianz aus CSU und GRÜNEN auch pflichtbewusst abgearbeitet hat. Diese "Labels", wie Frau Triebel sie nannte, zu kritisieren und gar mehr Neutralität an den Schulen einzufordern, käme der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gleich.

Also, nichts für ungut: Aber dass Labels und der Zugriff von NGOs auf Schulen jetzt schon Verfassungsrang hätten – na ja, ich glaube, das fällt dann doch eher in die Kategorie "feuchte Träume der GRÜNEN".

(Heiterkeit bei der AfD)

Spannender ist ohnehin eine andere Sache, und ich hoffe, bei der Formulierung von Frau Triebel hat der eine oder andere dann zumindest einmal ein bisschen aufgehört. Wenn in diesem Kontext nämlich von "Labels" gesprochen wird – also

davon, wie etwas vermarktet wird –, dann ist das ja durchaus vielsagend. Wie beim Trojanischen Pferd lohnt es sich nämlich immer, nicht nur auf die Verpackung, sondern auch auf den Inhalt zu achten.

Besagte "Labels" dienen allzu oft gar nicht dazu, echten Rassismus einzuhegen oder gar für einen freiheitlichen Austausch zu werben. Sie werden vielmehr als Freifahrtsschein zur Verbreitung links-grüner Narrative, für Hass auf weiße Menschen und vor allem für den Kampf gegen rechtskonservative Positionen und unliebsame Parteien missbraucht.

(Beifall bei der AfD)

Man fragt sich dann doch, ob man eigentlich blind sein muss, um das nicht zu erkennen – oder ob ein CSU-Parteibuch schon reicht.

Dabei haben Sie es übrigens schon einmal besser gewusst. Noch vor einigen Jahren wurden die Veröffentlichungen des Trägervereins von "Schule ohne Rassismus" von einem Ihrer eigenen Arbeitskreise in Berlin scharf kritisiert. Echter Rassismus spiele da allenfalls eine untergeordnete Rolle, Integrationsprobleme würden dem Christentum in die Schuhe geschoben sowie – Zitat – einseitig als Problem rechter Positionen von der CDU verkauft. – Meine Damen und Herren, das Internet vergisst nicht, noch nicht einmal, dass es einst so etwas wie Vernunft in der Union gab.

Es ist jedenfalls ein schlechter Witz, wenn ausgerechnet die GRÜNEN diesen Antrag als gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet bezichtigen. Das Gegenteil ist der Fall. Die AfD bekämpft die Aushöhlung eben jener Ordnung durch links-grüne Eiferer und immer mehr staatlich finanzierte Netzwerke und NGOs, die das politische Klima dieses Landes zu steuern versuchen.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt auch und ganz besonders im Klassenzimmer. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Peter Tomaschko für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Es gäbe so viele Themen, über die wir uns im Bildungsbereich unterhalten könnten, sollten und auch müssten. Aber was die AfD hier wieder einmal abzieht und was sie im Ausschuss auch ausschließlich macht, ist wieder einmal bodenlos und ein unterirdischer Stil.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

In Ihrem Antrag geht es darum – das praktizieren Sie in allen Bereichen –, dass Sie Kontrolle wollen; Sie wollen Misstrauen schüren, und Sie wollen – das ist Ihr Ziel als AfD – die Schulen unter einen ideologischen Generalverdacht stellen. Das werden wir nicht zulassen. Deswegen werden wir diesen Antrag auch entschieden ablehnen.

Zum Inhaltlichen: Die Rechtslage ist eindeutig. Lehrkräfte sind gemäß Beamtenstatusgesetz oder Tarifvertrag zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Das gilt in jeder Unterrichtsstunde, das gilt in jeder Schulkasse, und das gilt auch in ganz Bayern. Sollte gegen diese Pflichten verstoßen werden, greifen disziplinar- oder arbeitsrechtliche Verfahren. Deswegen brauchen wir keine neuen Vorschriften und schon gar nicht Ihre politischen Kampfanträge.

(Oskar Lipp (AfD): Sie schaufeln sich Ihr eigenes Grab!)

Aber wirklich bodenlos und eine bodenlose Frechheit ist – das ist für mich bezeichnend und auch beschämend –, wenn Sie wichtige und erfolgreiche Projekte wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" als linke politische Propaganda bezeichnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Wenn Sie sich dann noch echauffieren, hier würde jemand irgendetwas spielen, stellt sich die Frage: Kennen Sie diese Projekte? Wissen Sie, was hier an den Schulen vor Ort gearbeitet wird?

(Zuruf von der AfD: Ja, Propaganda!)

In der aktuellen Zeit gibt es wohl nichts Wichtigeres, als die Werteerziehung in den Mittelpunkt zu stellen und darzustellen, wie wichtig Respekt, Toleranz und das demokratische Miteinander sind. Ich glaube – das ist das Wesentliche –, bei dem, was Sie hier diffamieren, geht es einfach darum und es zeigt, wovor Sie wirklich Angst haben: vor aktiven und vor kritischen jungen Menschen;

(Lachen bei der AfD)

denn eines ist politische Neutralität nämlich nicht: Sie ist keine politische Abstinenz. Es gibt keine politische Werbung, aber wir haben natürlich den Auftrag an den Schulen, dass hier gemäß unserer Verfassung und auch gemäß dem Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz politische Bildung stattfindet. Dort werden der verantwortliche Gebrauch von Freiheit, Toleranz, friedliche Gesinnung, die Achtung von Menschen untereinander und die Bereitschaft, sich für unseren Rechtsstaat einzusetzen, erklärt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist keine politische Einfärbung. Das ist unser Verfassungsauftrag, das ist unser Gesetzesauftrag. Wer fordert, dass Schulen sich dieser Aufgabe enthalten sollen, stellt sich nicht gegen Meinungen, sondern der stellt sich gegen unsere Demokratie. Hier enttarnt die AfD sich wieder einmal und zeigt, was sie will, wohin sie will und dass sie gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung steht.

(Johannes Meier (AfD): So ein Schmarrn! – Christoph Maier (AfD): Das kann man so nicht stehen lassen!)

Wir haben den Beutelsbacher Konsens, der ganz deutlich klärt, dass es das Überwältigungsverbot gibt. Das heißt, Schülerinnen und Schüler erhalten ausreichend Ge-

legenheit, sich selbstständig ein Urteil zu bilden. Es gibt das Kontroversitätsgebot. Das heißt, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers diskutiert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Außerdem gibt es die Schülerorientierung; das heißt, die Schülerinnen und Schüler sollen dazu befähigt werden, politische Konstellationen und ihre eigenen Interessenlagen zu analysieren. Das tun unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen vorbildlich. Es wird auch bereits in der Ausbildung das Modul "Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung" durchlaufen.

Wir brauchen mit Sicherheit nicht den von Ihnen geforderten Neutralitätsbeauftragten. Das erinnert mich an ein Misstrauensvotum gegen das gesamte Kollegium. Das brauchen wir mit Sicherheit nicht. Wir reden immer von Bürokratieabbau, und Sie fordern hier zusätzliche Kontrollposten, die am besten noch jede Äußerung im Klassenzimmer überwachen sollen. Statt Vertrauen und pädagogischer Freiheit schlägt dieser Antrag eine Daueraufsicht vor. Das wäre das Gegenteil von guter Schule; das wäre eine Misstrauensverwaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend: Wir leben in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung von rechts wie von links außen. Gerade deshalb brauchen wir politische Bildung mehr denn je. Unsere jungen Menschen sollen lernen, wie man respektvoll diskutiert, wie man unterschiedliche Perspektiven abwägt, wie man für Werte eintritt, ohne andere mundtot zu machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das leisten unsere Schulen. Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern, die sich tagtäglich dafür engagieren, auch gegen solche Stimmungsmache und Pauschalverdächtigungen wie von Ihnen.

Mit diesem Antrag will die AfD politische Bildung an unseren Schulen – ich wiederhole das – faktisch abschaffen. Lehrkräfte sollen sich nicht mehr trauen, Haltung zu zeigen, und junge Menschen sollen so offen für ihre Radikalisierungen werden.

Dieser Antrag ist rechtlich unnötig, inhaltlich irreführend und demokratiepolitisch gefährlich. Er unterstellt unseren Schulen etwas, das nicht wahr ist, und er schwächt die politische Bildung dort, wo wir sie dringend brauchen. Deswegen werden wir diesen Antrag mit Überzeugung ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Danke für das Wort, Herr Vizepräsident. – Herr Kollege Tomaschko, ich weiß jetzt nicht, wo Sie in der Hierarchie der CSU stehen,

(Zuruf von der AfD: Unten!)

vermutlich nicht in Verantwortung für Kreisverbände und vermutlich nicht in Verantwortung für die Jugend in Ihrer Partei. Das ist der große Unterschied. Wir führen von vorn. Viele von uns sind Kreisvorsitzende, haben wöchentlich in Aufnahmegesprächen mit Jungs und Mädels zu tun, die in der Schule täglich für ihre patriotischen, für vernünftige Einstellungen von Lehrern angefeindet und von linken Lehrern gemobbt werden. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Wir verkörpern und vertreten die Basis. Wir vertreten wirklich die jungen Menschen. Wir wissen, wo die Probleme in den Anfeindungen, in der Unterdrückung patriotischer Meinung in den Schulen hier in Bayern liegen. Genau das ist der Grund, warum der Kollege Walbrunn den Antrag so stellt, wie er ihn gestellt hat.

Ich kann nur an alle Jugendlichen appellieren, Flagge zu zeigen und anzuklagen, wenn Lehrer in der Schule solches linkes Gedankengut verbreiten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Martin Böhm (AfD): Es ist schändlich, wenn Sie sich da als konservativer Politiker dahinterstellen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Peter Tomaschko (CSU): Ja, die jungen Menschen sollen Flagge zeigen, und zwar gegen solche Dinge, die Sie machen, bei denen Sie eben gegen unsere Werte vorgehen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Oskar Lipp (AfD): Was machen wir denn?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Gabriele Triebel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem uns vorliegenden Antrag fordert die AfD die Neutralitätspflicht an Schulen ein. Die Partei sieht die Neutralitätspflicht der Lehrkräfte verletzt, wenn sich eine Schule das Ziel "Schule ohne Rassismus", "Schule der Vielfalt" und "Schule mit Courage" gibt. Wenn sich also eine Lehrkraft für demokratische Grundwerte wie Gleichheit und Anerkennung von Vielfalt einsetzt, verstößt sie aus Sicht der AfD gegen die Neutralitätspflicht.

Eine Lehrkraft soll also nach deren Vorstellung still sein, wenn es um Rassismus geht. Sie soll also still sein und es damit billigen, wenn ein Kind oder ein Jugendlicher wegen seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seines Glaubens und seines Geschlechts angegriffen, beleidigt oder verletzt wird.

(Zuruf)

Die Lehrkraft soll folglich die Kinder und Jugendlichen auch nicht dazu erziehen und bilden, dass alle Menschen gleich sind und die gleichen Rechte haben. Lehrkräfte sollen also Kinder und Jugendliche nicht im Sinne unseres Grundgesetzes unterricht-

ten. Besser als mit diesem Antrag hätte die AfD ihre wahre Gesinnung nicht zeigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer "Schule ohne Rassismus" und "Schule der Vielfalt" als Propaganda bezeichnet, über den kann man nur den Kopf schütteln. Er zeigt deutlich, aus welchem menschenfeindlichen Holz er geschnitzt ist. Die Grundhaltung und der Antrieb für AfD-Politik sind rassistisch begründet und damit antidemokratisch. Sie sprechen Menschen, die nicht in Ihr Weltbild passen, die gleichen Rechte ab. Sie stellen sich damit klar gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung.

Mit diesem Antrag haben Sie in diesem Hohen Haus einmal mehr bewiesen, dass Sie nirgendwo anders als im rechtsextremen Parteienspektrum zu verorten sind. Dieser Antrag passt haargenau als Mosaikstein in das große Bild einer rechtsextremen Partei, die Sie sind und die verboten gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Oje!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache es nicht so lang. Ich war selbst Schulleiter. Die Schule bietet einen geschützten Rahmen. Da hat man Schüler, die driften ins Rechtsextreme ab, die muss man dann wieder einfangen, es gibt Schüler, die driften ins Linksextreme ab, die muss man wieder einfangen, oder sie sind halt einfach nur doof. Den Schülern muss man aber immer eine zweite Chance bieten. Diese zweite Chance wird in der Schule geboten.

Was Sie hier machen, ist eindeutig: Sie wollen sich auf die Opferrolle einspielen. Sie wollen sich auf den Rücken legen, den Bauch herstrecken und sagen: Wir sind die Opfer, wir werden immer hinausgemobbt. – Das stimmt aber nicht, sondern meine

Erfahrung an der Schule ist eine andere Erfahrung als die von fünf oder sechs Personen, die Ihnen irgendwie ihre Eindrücke liefern. Meine Erfahrung zielt auf 23 Jahre Schuldienst ab. Für diese 23 Jahre kann ich bestätigen: Wir waren immer neutral. Das Neutralitätsgebot ist auch wirklich das Gebot, das wichtig ist; denn man kann keinen Schüler überzeugen – nicht in die eine Richtung, nicht in die andere Richtung. Und jetzt hat es einmal einen Zwischenapplaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

– Ja, sehr gut.

Wir brauchen es nicht in die Länge zu ziehen: Diesen Antrag brauchen wir nicht. Dieser Antrag führt zu nichts. Dieser Antrag zeigt: Sie haben Angst. Sie wollen sich wieder in die Opferrolle versetzen. Was wir in der Schule brauchen, sind wirklich gute Entscheidungen. Wir brauchen die Hand, die sich jedem Schüler, der mal ein Fehlverhalten zeigt, entgegenstreckt und den Schüler wieder auf den richtigen Pfad setzt. Insofern ist der Antrag von uns abzulehnen, weil einfach kein Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie kurz am Rednerpult, bitte. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Ramona Storm für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Ramona Storm (AfD): Herr Brunnhuber, Sie haben gesagt, dass Ihre Schule neutral ist. Das glaube ich Ihnen auch. Das Dalberg-Gymnasium in Aschaffenburg hat "Demokratie leben" mit den Schülern durchgeführt. Ich wurde von der Schülerkommission auch eingeladen, bin dann aber von der Schulleitung ausgeladen worden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Da habe ich gedacht: Gut, ich gehe dann halt doch einmal hin. Das ist die Neutralität.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Genau das sind Demokratie und Neutralität. Vor allen Dingen – –

(Anhaltende Unruhe – Christoph Maier (AfD): Man hört hier nichts!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte etwas Ruhe, dass man der Kollegin folgen kann.

Ramona Storm (AfD): Danke schön. – Vor allen Dingen die Toleranz, die immer gefordert wird, bringen Sie alle selbst nicht mit. Ich bin hingegangen – –

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

– Was erwarten Sie? Glauben Sie, ich wäre hingegangen und hätte Randalie gemacht oder was?

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Jetzt weiß ich gar nicht, ob ich antworten soll oder die anderen Abgeordneten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ramona Storm (AfD): Weil sich ja alle eingemischt haben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Auf alle Fälle haben Sie jetzt das Wort. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Das ist traurig, das darf nicht passieren.

Ramona Storm (AfD): Ich wollte damit eigentlich nur mal zeigen, dass – –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie, Ihre Redezeit ist um.

(Zurufe)

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Also antworte ich schon?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ja, bitte.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Das darf nicht passieren. Das ist ein Einzelfall, aber nicht die große Masse. Das kann ich wirklich so sagen. Es ist nicht die große Masse.

(Zuruf von der AfD: Das ist bei uns in Ingolstadt genauso!)

– Ja, das ist jetzt wieder das Auf-den-Rücken-Legen und Wir-sind-Opfer. Das ist halt so. Gibt es sonst noch etwas? Sonst würde ich jetzt nämlich aufhören.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Bäumlner für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Sozialdemokratin, aber vor allem als Lehrerin lehne ich den vorliegenden Antrag der AfD entschieden ab, und das aus sehr guten Gründen. Zunächst ein paar Klarstellungen, die auch schon ein bisschen in die Redebeiträge meiner Kolleginnen und Kollegen eingeflossen sind.

Der Beutelsbacher Konsens ist an bayerischen Schulen längst verankert, er ist fester Bestandteil des Gesamtkonzepts der politischen Bildung. Das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und eben die so wichtige Schülerinnen- und Schülerorientierung werden anders als vom Kollegen Walbrunn dargestellt selbstverständlich an allen Schularten beachtet.

Was die AfD hier wirklich stört an der Sache, findet man eben in der Begründung des Antrags. Sie diffamiert wichtige Projekte wie beispielsweise "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" als linke politische Propaganda. Das ist eine Unverschämtheit

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern gegenüber, die eben ihre Zeit und Energie investieren, um demokratische Grundwerte wie beispielsweise Menschenwürde oder Gleichberechtigung nach vorne zu bringen und sich dafür einzusetzen. Genau diese Projekte sind es doch,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die unsere Demokratie stärken. Politische Bildung ist eine der zentralen Aufgaben unserer Schulen. Das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verpflichtet unsere Lehrkräfte ausdrücklich dazu, die Schülerinnen und Schüler im Geist der Demokratie zu erziehen. Neutralität bedeutet also nicht, dass Lehrkräfte zu allem schweigen müssen. Neutralität bedeutet also eben auch nicht, dass alle Meinungen gleichwertig sind.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Die freiheitliche demokratische Grundordnung, das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung sind die unverrückbaren Grundlagen der politischen Bildung an unseren bayerischen Schulen. Darauf dürfen und darauf müssen sich unsere Lehrkräfte berufen. Wenn Schülerinnen und Schüler nun also lernen, dass Menschenrechte unantastbar sind, dann ist das keine Indoktrination, nein, dann ist das Verfassungsauftrag. Wenn Schülerinnen und Schülern lernen, dass Rassismus und Diskriminierung keinen Platz in unserer offenen Gesellschaft haben, dann ist das keine politische Werbung, nein, dann ist das Demokratieerziehung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Es ist so wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, Fake News zu erkennen und demokratische Prozesse zu verstehen; denn damit beschreiten diese jungen Menschen doch ihren Weg, den sie einschlagen müssen, um mündige Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft zu werden.

Hinter diesem Antrag steht der durchsichtige Versuch, kritisches Denken und Demokratiebildung zu schwächen. Die AfD möchte unsere Schulen zu Orten machen, in

denen ihre verfassungsfeindlichen Positionen als gleichwertige Meinung dargestellt werden müssen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN sowie der Staatsministerin Anna Stolz)

Mein Dank geht an alle Lehrkräfte, an meine Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die hervorragende Arbeit leisten. Sie erziehen junge Menschen zu Demokratinnen und Demokraten, zu toleranten und weltoffenen Persönlichkeiten. Diese Lehrkräfte verdienen unsere Unterstützung, nicht diese unberechtigte Kritik.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die SPD steht fest an der Seite eben dieser Lehrkräfte, die sich jeden Tag für die Demokratiebildung unserer Schülerinnen und Schüler einsetzen. Wir verteidigen Schulen, die Haltung zeigen: Haltung für Demokratie, Haltung für Menschenwürde und Haltung für Vielfalt. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –
Zuruf: Bravo! – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Oskar Lipp für die AfD-Fraktion vor. Bitte schön.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin, das sollte kein Fitnessabendprogramm werden, dass Sie jetzt noch einmal ans Rednerpult zurückkommen mussten. – Man stelle sich zwei unterschiedliche Sachverhalte vor: Es gibt zum Beispiel ein Planspiel zum Thema EU-Parlament, eine Art Schülersimulation im Gymnasium oder in der Realschule, wo auch immer. Einmal wird zum Beispiel ein AfD-Vertreter nicht eingeladen. Ich möchte wissen, wie Sie das bewerten, wenn alle anderen Parteienvertreter eingeladen werden.

In einer Nachbargemeinde wird zum Beispiel jemand von den GRÜNEN oder der SPD nicht eingeladen, dafür aber die AfD und die CSU, weil der Schulleiter doch etwas konservativer ist. Wie bewerten Sie die beiden Sachverhalte?

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD) – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Das passiert doch gar nicht!)

Ist beides für Sie neutral? Ist das Kampf für Ihre Demokratie? Wie bewerten Sie das?
Dazu möchte ich eine Stellungnahme haben.

Nicole Bäuml (SPD): Herr Kollege, wir sind nicht hier, um Gedankenspiele zu machen, sondern um konkrete Sachverhalte zu diskutieren. Ich glaube, mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –
Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gut!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Antrag abgelehnt.